

HENNING LOBIN

Sprachpolitik der Parteien in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021

1. Einleitung

Sprachpolitik war in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 nie ein größeres Thema in Wahlkämpfen.¹ Die Parteien hatten bei früheren Wahlen in ihren Programmen kaum einen Satz dafür übrig. Deutschland ist kein mehrsprachiges Land wie die Schweiz oder Belgien, und erst recht gibt es in Deutschland keine Unabhängigkeitsbewegungen wie die katalonische in Spanien, wo der Sprachenkonflikt ein zentrales Element der Auseinandersetzungen bildet. Allenfalls die Minderheitensprachen innerhalb der deutschen Grenzen – das Friesische, das Sorbische, das Dänische, die Sprachen von Migrant/-innen – und die deutschen Sprachminderheiten außerhalb des deutschen Sprachraums boten schon früher den Anlass dafür, kultur- und bildungspolitische Ziele in die Programme aufzunehmen.

Seit der Bundestagswahl 2017 hat sich dies jedoch geändert. Damals waren unter dem Eindruck des großen Migrationsandrangs im Jahr 2016 von einigen Parteien Positionen zu sprachlicher Integration in die Wahlprogramme aufgenommen worden. Unter Positionen sei hier der explizite sprachliche Ausdruck einer Haltung zu einem politischen Thema bzw. Themenbereich zu verstehen, der unter anderem im Rahmen von parteilichen Grundsatz- und Wahlprogrammen Orientierung hinsichtlich des (zukünftig zu erwartenden) politischen Handelns parteilicher Akteur/-innen bieten soll.² Und auch die zunehmende Diversität der deutschen Gesellschaft führte schon bei der Wahl im Jahr 2017 zu einer Berücksichtigung von Themen der sprachlichen Bildung in der Programmatik der Parteien.

Einen Anteil an der Konjunktur sprachlicher Themen hatte sicherlich auch die AfD, die mit ihrem Grundsatzprogramm von 2016 eine Vielzahl sprachpolitischer Forderungen festgeschrieben und diese teilweise auch ins Wahlprogramm 2017 übernommen hatte.³ Neben sprachlichen Fragen von Migration und Integration finden sich darin auch Forderungen wie die nach Aufnahme des Deutschen als Staatssprache ins Grundgesetz, die Ablehnung des ‚Genderns‘ und von Anglizis-

¹ Vgl. grundlegend zur Sprachpolitik Marten 2016.

² Vgl. aber zu Kompromissformulierungen und kalkulierten Ambivalenz in Parteiprogrammen Klein 1996.

³ Vgl. zu sprachlichen Fragen in Programmen rechtsgerichteter Parteien generell Niehr 1996.

men oder zur Sprachkompetenz von medizinischem Fachpersonal – insgesamt handelte es sich um acht sprachpolitische Positionen.

2. Grundsatz- und Wahlprogramme⁴

Parteien geben sich Programme mit unterschiedlichen Laufzeiten.⁵ Im Zentrum der parteipolitischen Programmatik stehen die zuweilen mehrere Jahrzehnte gültigen Grundsatzprogramme (vgl. Ickes 2008). In derartigen Programmen werden die unverrückbaren Grundpositionen einer Partei niedergelegt, durch die die längerfristigen politischen Handlungslinien bestimmt werden sollen (vgl. Klein 1996). Da durch den Austritt von Abgeordneten aus Parteien und Fraktionen und den Wiedereintritt in Kleinparteien in der Schlussphase der Legislaturperiode 2017 bis 2021 auch einige weitere Parteien wie Die Partei oder Die Blauen im Bundestag vertreten waren, werden im Folgenden ausschließlich solche Parteien berücksichtigt, die in der Legislaturperiode 2013 bis 2017 in Fraktionsstärke vertreten waren, also mindestens fünf Prozent der Abgeordnetenmandate umfassten.

Das jüngste Grundsatzprogramm haben die Grünen vorgelegt, das erst 2020 verabschiedet wurde. AfD und CSU hatten bereits 2016, ein Jahr vor der vorletzten Bundestagswahl, neue Programme vorgelegt, die AfD seinerzeit erstmalig. FDP und Die Linke haben 2012 bzw. 2011 ihre derzeit gültigen Programme erstellt, CDU und SPD sogar schon im Jahr 2007. Die CDU befindet sich gegenwärtig in einem Prozess zur Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms. Alle Programmtexte weisen eine Länge von 80 bis 140 Seiten auf, nur das Programm der CSU umfasst lediglich 45 Seiten, was durch den Fokus auf das Bundesland Bayern und den Verzicht auf einige bundespolitische Themen zu erklären ist.

Im Gegensatz zu Grundsatzprogrammen haben Wahlprogramme die Aufgabe, sehr viel kurzfristiger eine politische Agenda zu definieren und im besten Fall als Grundlage für Koalitionsverhandlungen oder Regierungsprogramme zu dienen. Entsprechend sind alle in diesem Beitrag untersuchten Wahlprogramme im Jahr 2021 in den Monaten vor der Bundestagswahl veröffentlicht worden. Die enge Verknüpfung, die auch durch die ‚eventartigen‘ Umstände der jeweiligen Veröffentlichung mit dem Wahlkampf hergestellt wird, kommt in den Titeln zum Ausdruck, unter denen das jeweilige Programm steht: *Deutschland: Aber normal* (AfD 2021), *Das Programm für Stabilität und Erneuerung* (CDU 2021), *Nie gab es mehr zu tun* (FDP 2021), *Deutschland: Alles ist drin* (Bündnis 90/Die Grünen 2021), *Zeit zu handeln!* (Die Linke 2021) und *Aus Respekt vor deiner Zukunft* (SPD 2021). Nur das kurze Wahlprogramm der CSU (2021) ist schlicht mit *Das CSU-Programm* überschrieben.

⁴ Eine Übersicht zu den Grundsatz- und Wahlprogrammen findet sich im Literaturverzeichnis.

⁵ Vgl. zur politolinguistischen Betrachtung von Parteiprogrammen Niehr 2014: 112–116. Eine exemplarische Einzelanalyse bietet Hermanns 1991.

Auch in Hinsicht auf den Umfang variieren die Wahlprogramme weitaus stärker als die Grundsatzprogramme. Ohne Berücksichtigung der CSU weist das Wahlprogramm der SPD mit 66 Seiten den geringsten Umfang auf, das der Grünen mit 272 Seiten den größten.⁶ Die Texte selbst bestehen bei den Parteien, die ein noch neueres Grundsatzprogramm besitzen, zu erheblichen Teilen aus Ausschnitten dieser Grundsatzprogramme, die um Positionen zu spezifischeren oder aktuelleren Themen ergänzt wurden.

3. Sprachpolitische Schwerpunktsetzungen

Wie viele sprachpolitische Themen werden nun in den Programmen zur Bundestagswahl 2021 angesprochen oder anderweitig tangiert? Neben der faktischen Zahl ist dabei auch ein Vergleich mit den Wahlprogrammen der Bundestagswahl 2017 erhellend. Waren schon bei jener Wahl bei der AfD acht sprachpolitische Anliegen im Wahlprogramm zu finden, erhöhte sich diese Zahl 2021 auf 12,5.⁷ Bei der CDU konnte zwischen 2017 und 2021 sogar ein Anstieg von drei auf zehn Positionen verzeichnet werden. Auch die anderen Parteien weiteten zwischen beiden Wahlen ihre sprachpolitische Programmatik aus: die CSU von zwei auf drei, die FDP von fünf auf 5,5, die Grünen von fünf auf 8,5 und Die Linke von sieben auf neun Positionen. Nur bei der SPD fand ein Rückgang von sieben sprachpolitischen Positionen auf drei im Jahr 2021 statt.

Interessanter jedoch als diese quantitativen Beobachtungen sind die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, die von den Parteien vorgenommen werden. Exklusiv werden nur wenige Positionen vertreten: Die AfD fordert etwa als einzige Partei die Aufnahme des Deutschen als Staatssprache ins Grundgesetz („Als zentrales Element deutscher Identität muss die deutsche Sprache dem Vorbild vieler anderer Länder folgend als Staatssprache im Grundgesetz festgeschrieben werden“, AfD 2016: 47), bessere Deutschkompetenz medizinischen Fachpersonals und eine intensivere Verwendung des Deutschen in den Institutionen der Europäischen Union. Die CDU ist die einzige Partei, die sich in ihrem Wahlprogramm mit der Förderung von Sprachtechnologie als Zukunftsfeld befasst („Wir wollen die [sic] Forschung und Entwicklung der automatisierten Spracherkennung und -übersetzung in den kommenden Jahren zum Durchbruch verhelfen und gleichzeitig ein Leitprojekt für die künstliche Intelligenz auf den Weg bringen“, CDU 2021: 29). Andere Themen tauchen bei dieser Wahl das erste Mal in mehreren Programmen auf: Dass nicht nur der Islamunterricht selbst, sondern auch die islamkundliche

⁶ Eine umfassende quantitative Auswertung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl findet sich bei Brettschneider & Thoms 2021.

⁷ Halbe Punkte wurden bei dieser Zählung für indirekt ausgedrückte Positionierungen vergeben, wie hier etwa für die Forderung nach Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland.

Ausbildung der Lehrkräfte und Imame in deutscher Sprache zu erfolgen hat, fordern sowohl AfD als auch CDU.

Das Thema ‚Leichte Sprache‘ ist in früheren Wahlprogrammen nicht angesprochen worden. Eher ablehnend äußert sich nun die AfD dazu („Die Verwendung der ‚leichten Sprache‘ sollte auf kognitiv beeinträchtigte Personen beschränkt bleiben“, AfD 2021: 159), deutlich befürwortend dagegen die Grünen („Zudem wollen wir uns bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass Prüfungen in leichter Sprache vermehrt möglich gemacht werden“, Bündnis 90/Die Grünen 2021: 151) und Die Linke („Leichte Sprache, lesbare und verständliche Patienteninformationen sowie entsprechende Beratungsleistungen müssen selbstverständlich werden“, Die Linke 2021: 36). In einem gewissen Widerspruch zu ihrer eigenen Position steht die Forderung der AfD, dass „Herstellerangaben und Vertragsklauseln [...] in einer verständlichen Sprache zu verfassen“ seien (AfD 2021: 205). Die Rolle der deutschen Sprache bei der Qualifikation für den Arbeitsmarkt ist ein weiteres Thema, das sich erstmals findet. Dazu äußern sich CDU und FDP in ihren Wahlprogrammen.

Die eigentlichen Schwerpunkte sprachpolitischer Positionierungen liegen jedoch in anderen Bereichen. Alle heute in Fraktionsstärke im Bundestag vertretenen Parteien beschreiben ihre Positionen zu sprachlicher Integration in der Folge von Migration, besonders ausführlich die CDU und die Grünen. Zuweilen scheinen die Parteien hier direkt aufeinander Bezug zu nehmen. Auf die Forderung der AfD, Asylverfahren in Abhängigkeit vom Niveau deutscher Sprachkenntnisse durchzuführen, die in dessen Verlauf erworben werden („Leistungsgewährung in voller Höhe auch vom Erreichen guter Sprachkenntnisse abhängig“ machen; AfD 2021: 97), wird im CDU-Wahlprogramm festgestellt, dass es sich beim Asylrecht um ein „individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht“ handle (CDU 2021: 40). Überhaupt befasst sich die AfD am ausführlichsten mit Detailfragen der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten, etwa wenn es heißt: „Bei qualifizierten Zuwanderern setzen wir eine intensive Integrationsbereitschaft voraus. Der Fokus muss auf dem Spracherwerb liegen, den wir bis zum Niveau B2 unterstützen wollen“ (AfD 2021: 100) oder wenn an anderer Stelle gefordert wird, ausländisches medizinisches Fachpersonal nur mit „Sprachniveau C1“ für eine Tätigkeit in deutschen Gesundheitseinrichtungen zuzulassen (ebd.: 144).

Auch das Feld der auswärtigen Sprachpolitik und der Mehrsprachigkeit weist deutliche Differenzierungen auf. Die Unterstützung des Goethe-Instituts als die maßgebliche staatliche Institution, durch die deutsche Sprache und Kultur im Ausland vermittelt wird, erwähnen mehrere Parteien ausdrücklich, so die CDU, die FDP und die Grünen. Die AfD nennt neben dem Goethe-Institut auch die deutschen Auslandssender (Deutsche Welle); diese sollen „ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln“ (ebd.: 71). Auch die Auslandsdeutschen seien zu berücksichtigen, die in deutscher Sprache informiert werden sollen. Generell gehe es um den „Schutz und Ausbau der Sprachkenntnisse in Gebieten mit deutschen Minderheiten“ (ebd.). Die Fremdsprachenausbildung will die FDP fördern, für die

Grünen sollen neben dem Deutschen auch andere Muttersprachen sowie die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung gefördert werden (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2021: 147, 168), und Die Linke sieht die Mehrsprachigkeit in einer durch Migration geprägten Gesellschaft ganz generell als einen Gewinn an, der genutzt werden sollte (vgl. Die Linke 2021: 48 f.).

Einen besonderen Schwerpunkt mehrerer Parteien bilden sprachliche Themen im Zusammenhang mit der EU. So fordert die AfD:

In den europäischen Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden. Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU hat diese Forderung noch mehr Nachdruck erhalten. (AfD 2021: 72)

CDU und Grüne nehmen dagegen praktische Aspekte der europäischen Integration in den Blick, etwa die CDU mit Verweis auf technologische Potenziale: „Künstliche Intelligenz wollen wir für den Alltag nutzen: Menschen sollen innerhalb Europas ohne Sprachbarrieren miteinander kommunizieren und gleichzeitig die Vielfalt genießen können“ (CDU 2021: 29). Die Grünen fordern eine mehrsprachige öffentlich-rechtliche Medienplattform für die EU (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2021: 215) und die Zuordnung von Asylverfahren innerhalb der EU in Abhängigkeit von den Sprachkenntnissen der Antragstellenden (vgl. ebd.: 238 f.). Die CDU berücksichtigt in ihrem Wahlprogramm auch die EU-Binnenmigration und formuliert das Ziel, „die Potenziale der Binnenmarktmigration mit gezielten Sprach- und Qualifizierungsangeboten in ihren EU-Heimatländern“ zu heben (CDU 2021: 40).

Zu einer expliziten Förderung von Mehrsprachigkeit äußern sich nur die FDP, die Grünen und Die Linke. Die Grünen betonen, dass es dazugehöre, „systematische Vorsorgearbeit zu leisten, Lernrückstände zu schließen und deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern“ (Bündnis 90/Die Grünen 2021: 147). Mehrsprachigkeit solle „als Reichtum“ begriffen werden und nicht „als Defizit“ (ebd.). Die Grünen wollen darüber hinaus auch die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung sowie die Minderheitensprachen in Deutschland stärken. Die Linke fordert, dass die Herkunftssprache bei Prüfungen als erste oder zweite Sprache anerkannt werde (vgl. Die Linke 2021: 49). Bei der AfD hingegen expliziert in diesem Kontext, dass bei ausländischen Kindern „Unterricht in ihrer Muttersprache eine Option“ sei, solange diese „nicht hinreichend Deutsch sprechen“ (AfD 2021: 151).

Sprachliche Bildung wird in den Wahlprogrammen der CDU und bei den Grünen großgeschrieben. Eine ganze Liste von Zielen und Maßnahmen zur sprachlichen Bildung findet sich bei der CDU in einem bildungspolitischen Abschnitt, zu dessen Benennung sogar der alte sozialdemokratische Slogan ‚Aufstieg durch Bildung‘ übernommen wurde. Die SPD selbst verzichtet hingegen in ihrem Wahlprogramm von 2021 gänzlich auf Aussagen zur sprachlichen Bildung, auch wenn Bildungsthemen weiterhin eine wichtige Rolle spielen. AfD, FDP und Linke be-

kennen sich zu sprachlicher Bildung, die AfD im Jahr 2021 erstmals in ihrer sprachpolitischen Programmatik. Die Linke fordert in diesem Zusammenhang, dass die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einbezogen werden solle, denn dies sei wichtig, „um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben“ (Die Linke 2021: 49).

4. Das Thema gendergerechte Sprache

Das sprachpolitische Thema, das im Jahr 2021 die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen hat, ist das der gendergerechten Sprache. Dies spiegelt sich auch in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 wider. Einige Parteien äußern sich explizit dazu, andere zeigen durch ihre sprachliche Praxis, welchen Weg sie für den besten halten.

In den Wahlprogrammen von drei Parteien – den Grünen, der Linken und der SPD – wird der Genderstern verwendet, am konsequentesten von den Grünen und von der Linken. Personenbezeichnungen werden hier gegendert, und zwar nicht nur diejenigen mit positiver Konnotation. Neben „Vermieter*innen“, „Rentner*innen“ und „Arbeiter*innen“ lassen sich auch „Täter*innen“, „Spekulant*innen“, „Islamist*innen“, „Rechtsextremist*innen“, „Kriegsverbrecher*innen“, „Multi-millionär*innen“ und „Milliardär*innen“ finden, dazu bei beiden Parteien die eher selten zu verzeichnenden gegenderten Formen für „Sinti“ und „Roma“, „Sinti*zze“ und „Rom*nja“ (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2021; Die Linke 2021).

Nicht regelmäßig, aber in Ausnahmefällen wird bei den Grünen sogar in zusammengesetzten Wörtern gegendert: „Bürger*inneninitiative“, „Staatsbürger*innenschaft“ und „bürger*innennahe EU“ etwa (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2021). Nicht immer wird der damit verbundene Anspruch aber sprachlich überzeugend umgesetzt, wenn etwa im Wahlprogramm der Linken davon die Rede ist, dass „Geschäftsführungen als Befehlsempfänger*innen agieren“ (Die Linke 2021: 19), und damit eine genderneutrale Kennzeichnung („Geschäftsführung“) gewissermaßen nachträglich gegendert wird. Die SPD gendert in ihrem Wahlprogramm weniger konsequent, auch wenn sie zuweilen ebenfalls in zusammengesetzten Substantiven den Genderstern verwendet wie zum Beispiel „Meister*innenkurse“, „Manager*innengehälter“ oder „Arbeitnehmer*innenrechte“ (vgl. SPD 2021). Negative Personenbezeichnungen wie „Populisten“ oder „Terroristen“ dagegen finden sich häufiger nur in der maskulinen Grundform. Die sprachliche Praxis des Genderns wird nur von der Linken als sprachpolitische Position reflektiert. In ihrem Programm ist von „diskriminierungsfreie[r] Sprache“ die Rede, die „der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht“ werden solle (Die Linke 2021: 107).

Wie gehen die anderen Parteien mit dem Thema um? Die CSU nimmt in ihrem knapp gefassten Wahlprogramm für Bayern das Gendern zum Anlass, ein Bekenntnis zur Liberalität abzugeben: „Wer gendern mag, soll gendern, aber niemand soll dazu gezwungen werden. Wir stehen für Identität statt Ideologie“ (CSU 2021: 3). Im Programm selbst werden konsequent – wie auch in demjenigen der

CDU – für Personenbezeichnungen Paarformen verwendet, also etwa „Rentnerinnen und Rentner“ (ebd.: 59). Diesen Weg wählt auch die FDP. Während die CDU aber nur in der männlichen Form von „Straftätern“ und „Terroristen“ spricht (z. B. CDU 2021: 107), lassen sich bei der FDP neben „Gefährder[n]“ und „Extremisten“ auch „Täterinnen und Täter“ finden (FDP 2021: 26, 38). Die AfD setzt als einzige Partei in ihrem Wahlprogramm ganz auf das generische Maskulinum und spricht konsequent von „Rentnern“ und „Steuerzahlern“ wie auch von „Terroristen“ und „Straftätern“ (AfD 2021: 77, 94, 96, 129). Die einzigen weiblichen Personenbezeichnungen, „Lehrerinnen“ und „Schülerinnen“, lassen sich da finden, wo es um ein Verbot des Kopftuchs im Öffentlichen Dienst geht (ebd.: 86, 100).

5. Vergleich mit Grundsatzprogrammen und früheren Wahlprogrammen

Vergleicht man die sprachpolitischen Positionen der Parteien in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 mit denen zur Bundestagswahl zuvor, so fällt zum einen der schon erwähnte quantitative Zuwachs auf. Positionen, die jetzt entfallen sind, lassen sich vor allem bei der SPD finden. Zwar verzichtet die CSU 2021 darauf, erneut die Vermittlung des Islam in deutscher Sprache zu fordern, und die FDP, den Schutz von Minderheiten- und Regionalsprachen zu erwähnen, aber nur die SPD verzichtet neben diesen beiden Positionen zusätzlich auch auf die Themen der ‚Verknüpfung von Asylverfahren und Sprachkompetenz‘, ‚sprachliche Bildung‘ sowie ‚Hassrede und sprachliche Verrohung‘.

Nur in den Grundsatzprogrammen der CDU und der SPD, beide aus dem Jahr 2007, wird auf die Notwendigkeit der aktiven Förderung von Mehrsprachigkeit verwiesen (vgl. CDU 2007: 37; SPD 2007: 37). Die FDP greift hingegen ihre Forderung nach der Förderung der auswärtigen Sprachpolitik, die im Grundsatzprogramm von 2012 niedergelegt ist, nicht erneut auf. Interessant ist aber auch, dass die Betonung der Rolle der deutschen Sprache in der Gesellschaft für den Zusammenhalt, wie in den Grundsatzprogrammen von AfD, CDU und CSU festgeschrieben, in keinem der Wahlprogramme von 2017 oder 2021 aufgegriffen wird.

Betrachtet man Positionen, die bei den Parteien sowohl in den Grundsatzprogrammen als auch in beiden Wahlprogrammen genannt sind, dann ergeben sich klare Schwerpunktsetzungen. Die Rolle von Sprache im Zusammenhang mit Migration und Integration kommt in dieser Weise bei der CDU, der CSU, der FDP und der SPD vor, bei den übrigen Parteien entweder in den Wahlprogrammen von 2017 und 2021 (Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) oder im Grundsatzprogramm und im Wahlprogramm 2021 (AfD). Sprachliche Bildung ist bei der CDU und der Linken kontinuierlich als Thema gesetzt, Sprache als Kulturgut und als Element der deutschen Identität bei AfD und CDU, die Förderung von Minderheiten- und Regionalsprachen bei Grünen und Linken, wobei sich diese Forderung bei diesen beiden Parteien nach innen richtet.

Exklusive Schwerpunktsetzungen bestehen darüber hinaus nur bei der FDP (Förderung von Mehrsprachigkeit) und bei der AfD. Die AfD sticht unter den Par-

teien mit einer ganzen Reihe von sprachpolitischen Positionen heraus, die sie als einzige Partei kontinuierlich vertritt. Dies ist etwa die Forderung nach Aufnahme des Deutschen als Staatssprache ins Grundgesetz, die Forderung nach islamischer Religionsvermittlung in deutscher Sprache, die Ablehnung des Genders – verstanden als Ablehnung „politisch korrekte[r] Sprachvorgaben“ (AfD 2021: 154) – und die Forderung nach Erhalt deutschsprachiger Studiengängen an deutschen Hochschulen.

6. Fazit

Fassen wir zusammen: Die Zahl sprachpolitischer Positionen hat sich 2021, außer bei der SPD, in den Wahlprogrammen aller Parteien gegenüber 2017 erhöht. Einen Schwerpunkt, auch in der jeweiligen Formulierungspraxis, bildet die gendergerechte Sprachverwendung. Weitere wichtige Themen sind sprachliche Bildung, Migration und sprachliche Integration, Sprache als Kulturgut bzw. als Element der nationalen Identität sowie der Schutz von Minderheiten- und Regionalsprachen. Neuere Themen bilden die Leichte Sprache, sprachliche Verständlichkeit, die Rolle von Sprache in der Qualifikation für den Arbeitsmarkt und in der Beratung.

Es ist deutlich, dass diese Liste Themen widerspiegelt, die in der gesellschaftlichen Debatte von großer Bedeutung waren: die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, Migration, Identität und Minderheiten. Eine Reihe weiterer Aspekte rundet dieses Bild ab. Sprachpolitik kann offensichtlich als ein exemplarisches Politikfeld thematisiert werden, in dem umfassendere gesellschaftliche Fragestellungen diskutiert werden oder diskutierbar gemacht werden. ‚Gesellschaft‘ ist ein Abstraktum, das schwer zu greifen ist, das Konzept ‚Sprache‘ hingegen ist jedem zugänglich, alltäglich und zugleich in seiner Funktion als wichtig anerkannt.

Es war die AfD, die Sprachpolitik aufgrund dieser Zusammenhänge als erste Partei als ein Betätigungsfeld für sich entwickelt hat. Die vielen Positionen dazu im Grundsatzprogramm von 2016 bieten der Partei die Möglichkeit, ein allseits als wichtig und positiv angesehenes Thema für sich zu reklamieren und mit ihren allgemeinpolitischen Anliegen zu verbinden – die Ablehnung des Genders etwa mit Wertvorstellungen zu Familie und Gesellschaft, Sprachförderung mit Einwanderungs- und Gesellschaftspolitik oder die Forderung nach Stärkung des Deutschen in den europäischen Institutionen mit ihrem ablehnenden Blick auf die EU.

Die verschiedenen Beispiele zeigen, wie anschlussfähig sprachliche Themen für allgemeinpolitische Positionen sind, und dies ist es, was offensichtlich auch die anderen Parteien mittlerweile verstanden haben, wenn man den Vergleich zwischen 2017 und 2021 zieht. Sprachliche Themen mögen also als solche keine zentrale politische Bedeutung besitzen, sie haben aber das Potenzial, stellvertretend für weitaus größere politische Themen zu stehen und diese in verständlicher Weise zugänglich zu machen. Sprachpolitik scheint damit zu einem Querschnittsthema geworden zu sein, mit dem stellvertretend komplexe Politikbereiche erschlossen werden können.

Quellen

Grundsatz- und Wahlprogramme der Parteien

- AfD. 2016. *Programm für Deutschland*. Berlin: Alternative für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (02.06.2023).
- AfD. 2021. *Deutschland: Aber normal* [= Wahlprogramm 2021]. Berlin: Alternative für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf (02.06.2023).
- Bündnis 90/Die Grünen. 2020. „... zu achten und zu schützen“: *Veränderung schafft Halt*. Berlin: Bündnis 90/Die Grünen. https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf (02.06.2023).
- Bündnis 90/Die Grünen. 2021. *Deutschland Alles ist drin* [= Wahlprogramm 2021]. Berlin: Bündnis 90/Die Grünen. https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf (02.06.2023).
- CDU. 2007. *Freiheit und Sicherheit*. Berlin: Christlich Demokratische Union Deutschlands. https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918 (02.06.2023).
- CDU. 2021. *Das Programm für Stabilität und Erneuerung* [= Wahlprogramm 2021]. Berlin: Christlich Demokratische Union Deutschlands. <https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf> (02.06.2023).
- CSU. 2016. *Die Ordnung*. München: Christlich-soziale Union in Bayern. https://www.csu-geschichte.de/media/user_upload/CSU_Grundsatzprogramm_2016.pdf (02.06.2023).
- CSU. 2021. *Das CSU-Programm* [= Wahlprogramm 2021]. München: Christlich-soziale Union in Bayern. https://www.csu.de/common/download/CSU-Programm_Gut_fuer_Bayern_Gut_fuer_Deutschland_final.pdf (02.06.2023).
- Die Linke. 2011. *Programm der Partei DIE LINKE*. Berlin: Die Linke. https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm_formate/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011_druckfassung2020.pdf (02.06.2023).
- Die Linke. 2021. *Zeit zu handeln!* [= Wahlprogramm 2021] Berlin: Die Linke. https://btw2021.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf (02.06.2023).
- FDP. 2012. *Verantwortung für die Freiheit*. Berlin: Freie Demokratische Partei. <https://www.fdp.de/media/358/download?inline> (02.06.2023).
- FDP. 2021. *Nie gab es mehr zu tun* [= Wahlprogramm 2021]. Berlin: Freie Demokratische Partei. https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf (02.06.2023).
- SPD. 2007. *Hamburger Programm*. Berlin: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf (02.06.2023).
- SPD. 2021. *Aus Respekt vor deiner Zukunft* [= Wahlprogramm 2021]. Berlin: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf> (02.06.2023).

Literatur

- Brettschneider, Frank & Claudia Thoms. 2021. *Bundestagswahl 2021: Wahlprogramme im Vergleich*. Universität Hohenheim. https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/Wahlprogramm-Check_2021_Bundestagswahl.pdf (21.04.2022).
- Hermanns, Fritz. 1991. ‚Leistung‘ und ‚Entfaltung‘: Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Ludwigshafener Grundsatzprogramms (1978) der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. In Frank Liedtke, Martin Wengeler & Karin Böke (Hgg.), *Begriffe besetzen: Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, 230–257. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ickes, Andreas. 2008. *Parteiprogramme: Sprachliche Gestalt und Textgebrauch*. Darmstadt: Böhner.
- Klein, Josef. 1996. Insider-Lesarten: Einige Regeln zur latenten Fachkommunikation in Parteiprogrammen. In Josef Klein & Hajo Diekmannshenke (Hgg.), *Sprachstrategie und Dialogblockaden*, 201–209. Berlin: De Gruyter.
- Marten, Heiko F. 2016. *Sprach(en)politik*. Tübingen: Narr.
- Niehr, Thomas. 1996. Von der ‚Bewahrung deutscher Identität‘ und der ‚Erhaltung der Gesundheit des Bestands und der Gesundheit des deutschen Volkes‘. Analysen zum Parteiprogramm der Republikaner von 1987. In Hajo Diekmannshenke & Josef Klein (Hgg.), *Wörter in der Politik*, 77–95. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niehr, Thomas. 2014. *Einführung in die Politolinguistik* (UTB 4173). Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht.